

Relokalisierung der Energieversorgung

Eine Welle der Rekommunalisierung der Energieversorgung zieht derzeit durch Europa. Auf diesen Weg setzen europaweit Kommunalpolitiker und Bürgergruppen, die ihr Engagement für demokratische, gesellschafts- und umweltpolitische Ziele bündeln möchten. Wie gelingt es den Städten und kommunalen Akteuren, das lokale Energieversorgungssystem wieder in die eigene Hand zu nehmen? Wie hängen Dezentralisierung und Rekommunalisierung, shared energy und partizipative governance zusammen? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Bürgerschaft?

Inhalte

Relokalisierung der Energieversorgung.....	1
1. Einige Begriffsbestimmungen.....	2
2. Erneute Entscheidung pro lokaler Energieversorgung.....	2
3. Gute Gründe, Rekommunalisierungsprojekte zu wagen!	3
a) Allgemeine Gründe: Sich Mittel zur erfolgreichen Umsetzung der lokalen Energiewende an die Hand geben	3
b) Spezifischere Gründe.....	3
➤ Motor für die lokale und regionale Wirtschaft werden	3
➤ Räumliche Nähe als entscheidender Trumpf lokaler Energieversorger.....	4
➤ Hin zum integrierten Ansatz lokaler Verbundunternehmen.....	4
➤ Kooperationen und Ressourcenbündelung.....	4
4. Gesamt-SWOT-Analyse der Initiativen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung	6
5. Welche Formen kann Rekommunalisierung annehmen?	7
6. Zentrale Faktoren für die strategische Positionierung.....	7

1. Einige Begriffsbestimmungen

Relokalisierung der Energieversorgung: Bezeichnet die Gesamtheit der Initiativen und Prozesse, die von den Kommunen und der Bürgerschaft mit dem Ziel einer lokalen Energie-Governance ausgehen. Sie lassen sich vier Unterbereichen zuordnen.

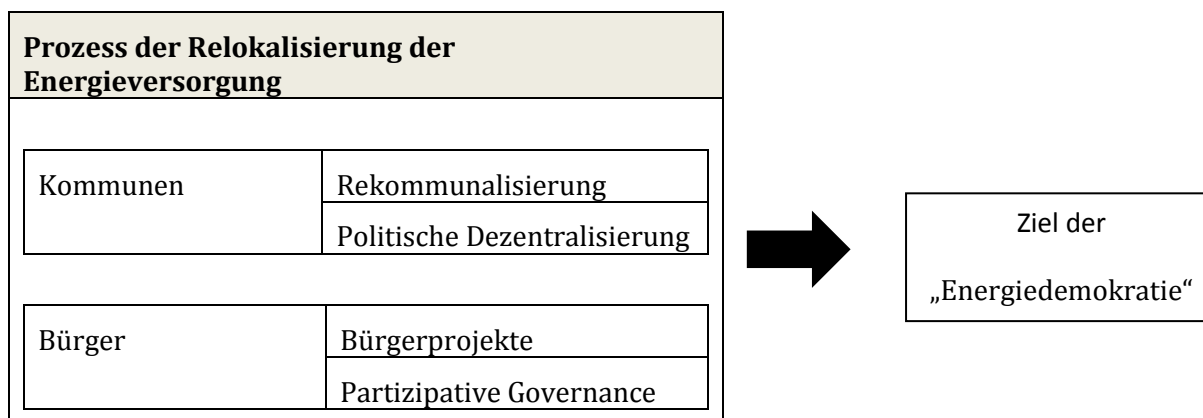
Rekommunalisierung: Nimmt Bezug auf die operative Rolle, die Kommunen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Interventionen zum Ausbau ihrer Kontrolle über den Energiebereich spielen, beispielsweise bei der Gründung oder Übernahme kommunaler Energieversorgungs-unternehmen, dem Betrieb und Ausbau von Energieversorgungsinfrastrukturen u.v.m.

Politische Dezentralisierung: Verweist dem gegenüber auf die strategische und politische Rolle von Kommunen, in Verbindung mit den erweiterten institutionellen Kompetenzen gegenüber dem Nationalstaat, insbesondere bezüglich der Ausarbeitung und Umsetzung von Vorschriften sowie der Energieleitplanung.

Bürgerprojekte: Bezeichnet werden als solche sämtliche Projekte, die direkt von Bürgern initiiert werden (sei es in Kooperation mit den Kommunen oder unabhängig von ihnen), zumeist im Bereich der erneuerbaren Energien.

Partizipative Governance: Umfasst sämtliche Instrumente, die eingesetzt werden, um die direkte Demokratie und den Einfluss der Bürger auf die Klimaschutz- und Energiepolitik auszubauen: Bürgerdebatten, Bürgerhaushalte, Bürgerbeteiligung bei der Ausarbeitung von Planungskonzepten usw.

Konzepte im Rahmen der lokalen Energie-Governance



2. Erneute Entscheidung pro lokaler Energieversorgung

Viele Gebietskörperschaften in Europa haben sich für den Prozess der Rekommunalisierung der Energieversorgung entschieden und folgen damit dem Beispiel des Sektors der Wasserversorgung. In Deutschland geschieht dies durch die (Neu-)Gründung von kommunalen Verbundunternehmen, den Stadtwerken. In Frankreich läuft dieser Prozess über lokale

Betreibergesellschaften, die in Projekte zum Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz investieren.

Obwohl der Einfluss der europäischen Gesetzgebung auf den Bereich der Klimaschutz- und Energiepolitik und die Regulierung von öffentlichen Dienstleistungen zunehmen, wird den Mitgliedsstaaten dennoch viel Freiheit bei der Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge gelassen – insbesondere bei den Modalitäten der Organisation und Beauftragung von kommunalen (Eigen-)Betrieben –, was wiederum zu recht unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Staaten führt.

In Deutschland haben die kommunalen Behörden im Energiebereich nach wie vor weitgehende Zuständigkeiten, wenngleich sie in ihrem Handlungsspielraum zunehmend eingeengt werden von den vergaberechtlichen Bestimmungen und den Grenzen, die der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen gesetzt sind.

In Frankreich beschränken zentralisierte Energieversorgungsstrukturen und das Prinzip der Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf Unternehmen die Möglichkeiten direkter Einflussnahme durch die Kommunen sehr stark. Dabei lässt sich jedoch seit kurzem eine gewisse erneute Bekräftigung lokaler Zuständigkeiten im Energiebereich feststellen – im Einklang mit den Leitlinien des französischen Energiewendegesetzes (2015) und des Dritten Dezentralisierungsgesetzes. Immer mehr Gebietskörperschaften, insbesondere Regionen, werden initiativ und gründen Betreibergesellschaften in öffentlicher Hand für Projekte rund um erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

3. Gute Gründe, Rekommunalisierungsprojekte zu wagen!

a) Allgemeine Gründe: Sich Mittel zur erfolgreichen Umsetzung der lokalen Energiewende an die Hand geben

Das Hauptinteresse an der Gründung eines lokalen Energieversorgers beruht auf dem Wunsch, den politischen Einfluss im Energieversorgungsbereich zu behaupten und für eine gute Abstimmung zu sorgen zwischen strategischer Vision und Projekten vor Ort.

- In der Region Okzitanien ist die Gründung einer Klimaschutz- und Energieagentur geplant, um das selbst gesteckte Ziel zu verwirklichen, erste „Plus-Energie-Region“ in Europa zu werden.
- In Stuttgart wurden 2011 die Stadtwerke als neues Verbundunternehmen gegründet, um das städtische Ziel zu realisieren, bis 2050 zur ersten „Null-Emissions-Stadt“ zu werden.

b) Spezifischere Gründe

➤ Motor für die lokale und regionale Wirtschaft werden

Lokale Energieversorgungsunternehmen sind ein entscheidender Hebel, um die Geld- und Güterströme nicht aus der Region abfließen zu lassen, die Gewinne vor Ort zu verankern, die gesamte lokale Wirtschaft anzukurbeln, eine Zweckbindung von Ersparnissen anzubieten und innovative Tools zu entwickeln:

- In Hannover fließen die Gewinne der Stadtwerke direkt in einen Energieeffizienz-Fonds, der sich durch einen außerordentlichen Hebeleffekt auszeichnet: Jeder einzelne Euro öffentlicher Gelder generiert 18 Euro an Mehrwert, wovon die Hälfte der Region zugutekommt.
- Neben den Städten zeigt der Kommunalverband Mené in der Bretagne, wie die Energiewende zu einer echten Chance für den ländlichen Raum werden kann: Dank partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Kommune, landwirtschaftlichen Genossenschaften und Bürgerschaft konnten etliche Investitionen angestoßen werden.

➤ **Räumliche Nähe als entscheidender Trumpf lokaler Energieversorger**

Die Relokalisierung der Energieversorgung entspricht der zunehmenden Erwartungshaltung der Bürger, das Allgemeininteresse über Rentabilitätsstreben, sprich *citizen value* über *shareholder value* zu stellen. 75% der Deutschen sind dafür, dass die öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge direkt von der Kommune betrieben werden. Dies bezeugt das starke bürgerschaftliche Engagement für die Rekommunalisierung in Städten wie Berlin, Hamburg oder Stuttgart. Aus Sicht der Franzosen gehört die dezentralisierte Energieversorgung zu den vorrangigen Zielen der Energiewende; Bürgerprojekte und Bürgerbeteiligungsprojekte im Bereich der Erneuerbaren Energien entstehen derzeit im ganzen Land. Solches Bürgerengagement gibt mitunter auch den Anstoß zu neuen Partnerschaftsmodellen. Über die Unterstützung von Bürgergenossenschaften hinaus experimentieren immer mehr Gebietskörperschaften mit Modellen partizipativer Governance und beteiligen die Bürger auf verschiedene Weise direkt an den Entscheidungsprozessen und der Finanzierung von Initiativen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung.

Dieses Bekenntnis zum Allgemeininteresse und die räumliche Nähe sind ein bedeutender komparativer Vorteil der lokalen Versorger auf dem Energiemarkt: Die deutschen Stadtwerke haben diesen Trumpf, mit Erfolg, zu ihrer Eigenmarke und ihrem Aushängeschild gemacht. In Frankreich sind die lokalen Energieversorgungsunternehmen, trotz starker Einflussnahme von Seiten der großen Energiekonzerne, zu einem Erfolgsrezept geworden. Einige darunter zählen über 150000 Kunden.

➤ **Hin zum integrierten Ansatz lokaler Verbundunternehmen**

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und den *smart grids* im Strombereich sind Wärmenetze und Abwärmenutzung ein starker Hebel zur Erschließung sämtlicher lokaler Energiepotentiale. In größerem Maßstab betrachtet, eröffnet die horizontale Integration in einem Querverbundunternehmen auch Synergien zwischen den einzelnen Sektoren (Energie, Wasser, Abfall, Mobilität usw.). Ein solcher integrierter Ansatz kann nicht nur eine verbesserte Abstimmung zwischen den sektorspezifischen Politiken gewährleisten; dank der Synergieeffekte lassen sich auch bedeutende Einsparungen durch Skaleneffekte erzielen und damit die Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge begrenzen.

➤ **Kooperationen und Ressourcenbündelung**

Partnerschaften mit weiteren Akteuren einzugehen, ist eine der besten Devisen mit Blick auf alle Herausforderungen, denen sich die Kommunen im Rekommunalisierungsprozess, zumal angesichts begrenzter Ressourcen und Zuständigkeiten, stellen müssen. Beispielsweise sehen

Diese Themenpapiere werden im Rahmen des TANDEM-Projekts zur Verfügung gestellt. Sie enthalten allgemeine Informationen und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

82% der kleineren deutschen Stadtwerke in der Kooperation mit anderen Akteuren (und insbesondere der Stadtwerke untereinander) den Schlüssel zum Erfolg. Zahlreiche Beispiele belegen, wie sinnvoll es ist, Ressourcen zusammenzulegen, um Zugang zu neuen Märkten zu gewinnen. Über 50 lokale Stadtwerke in Deutschland, Belgien und in den Niederlanden haben sich zum Trianel-Verbund zusammengeschlossen, um sich erleichterten Zugang zum Stromgroßmarkt zu erschließen und bestimmte Projektentwicklungsleistungen zu bündeln. In Frankreich haben etwa fünfzig lokale Energieversorger das Unternehmen Alterna gegründet, um wettbewerbsfähige Tarife anbieten zu können und eine gemeinsame Expertise aufzubauen.

4. Gesamt-SWOT-Analyse der Initiativen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung

Stärken:

Interne
Faktoren

- Der Faktor „Bürgernähe“: Bezug zur Bürgerschaft und Verbundenheit mit Stadt und Region
- Eintreten für das Allgemeininteresse, Vertrauensbonus
- Legitimität lokalen Handelns
- Koordination von Kommunalpolitik und konkreten Maßnahmen

Chancen:

Externe
Faktoren

- Wachsendes Interesse am Trumpf des Lokalen – eine „Marke“ und ein Marktpotential, die sich ausbauen lassen
- Energiewende: Zeitfenster für verstärktes Handeln auf lokaler Ebene
- Dominoeffekt für die lokale Wirtschaft und die Finanzierung der Daseinsvorsorge
- Experimentieren verschiedenster Partnerschaften (lokaler Energieversorger, Bürgerschaft, Privatwirtschaft) und Diversifizierung der Instrumente, Finanzierungsszenarien und Risiken
- Erschließung neuer Märkte: der Energiedienstleistungen (Energiedienstleistungsunternehmen), der Digitalisierung und des Datenmanagements

Schwächen:

Interne
Faktoren

- Häufig unzureichende Kompetenzen (fachliche, juristische und ökonomische) für die konkrete Umsetzung
- Gegebenenfalls Begrenzung der Skaleneffekte auf die Region
- Hoher Finanzbedarf, der die lokale Finanzkraft unter Umständen übersteigt
- Langfristige Projekte, die eine „solide“ Grundlage und politische Vision voraussetzen

Risiken:

Externe
Faktoren

- Rechtsvorschriften, die lokales Handeln mitunter stark einschränken
- Der europäische Stromgroßmarkt als hochriskantes Umfeld
- Hoher Wettbewerbsdruck und potentieller Widerstand auf Seiten der privaten Akteure
- Unsicherheiten und begrenzter Einfluss auf die nationale und europäische Energiepolitik – hohes Risiko für innovative Projekte (Ausbau der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz)
- Legitimationsdefizit bei mangelnder Kommunikation und Transparenz

5. Welche Formen kann Rekommunalisierung annehmen?

Verschiedenste Modelle sind denkbar

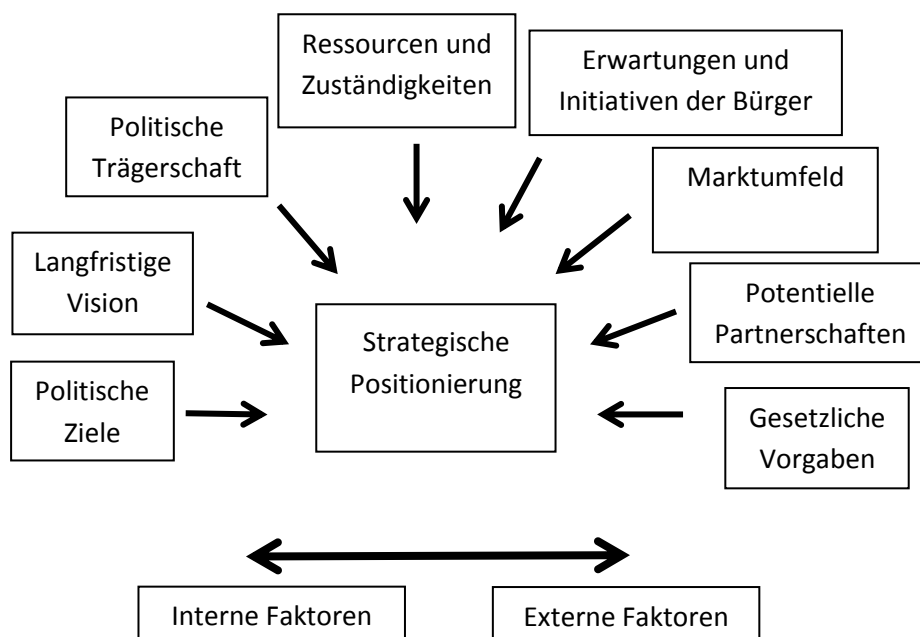
Die Studie belegt das Potential und die Vielfalt denkbarer Modelle bei der Gründung neuer lokaler Energieversorgungsunternehmen, wobei drei Erkenntnisse besonders hervorzuheben sind.

Aktiv werden ist möglich: Welcher Gestalt die jeweiligen juristischen Zwänge auch sein mögen, engagierte Gebietskörperschaften finden immer Mittel und Wege, um sich das Instrumentarium an die Hand zu geben, das am besten ihren Bedürfnissen entspricht – politische Entschlossenheit und Ausdauer vorausgesetzt.

Es gibt kein besseres oder schlechteres Modell: Ganz gleich, ob es sich um die Schaffung eines Querverbundunternehmens für sämtliche öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge handelt oder eine Gesellschaft für Erneuerbare Energien, jedes Modell birgt seine Vorteile und Risiken. Möglicherweise erscheinen die ambitioniertesten Modelle im Hinblick auf politische Gestaltungsmöglichkeiten und wirtschaftlichen Mehrwert am attraktivsten.

Wesentlich ist es, eine tiefgehende strategische Analyse durchzuführen: Mit ihrer Hilfe lassen sich die auf die spezifischen Ziele und Ressourcen jeder einzelnen Kommune am besten zugeschnittenen Lösungen definieren und unter Berücksichtigung der im folgenden Schema dargestellten zentralen Faktoren eine geeignete strategische Positionierung entwickeln.

6. Zentrale Faktoren für die strategische Positionierung



Impressum:

Durchgeführt wurde diese Studie von Andreas Ründinger, unabhängiger Berater und assoziierter wissenschaftlicher Mitarbeiter am *IDDRI*, dem *Institut du Développement Durable et des Relations Internationales* (Institut für Nachhaltige Entwicklung und Internationale Beziehungen). Die Gesamtfassung der Studie liegt online in englischer und französischer Fassung vor und ist abrufbar unter <http://energy-cities.eu/-Publications-67->.